

22. Februar 2001

**Landtag von Niederösterreich**  
**Landtagsdirektion**

Eing.: 22.2.2001

Ltg.-**605/A-1/33-2001**

L-Ausschuss

## **A N T R A G**

der Abgeordneten Kurzreiter, Nowohradsky, Erber, Hiller, Lembacher, Mag. Wilfing und Mag. Riedl

betreffend **verstärkten Einsatz von biologischen Lebensmittel in Großküchen von öffentlichen Einrichtungen**

Die laufende Diskussion im Zusammenhang mit der BSE-Krise und den Einsatz von Medikamenten im Bereich der Tierhaltung haben die Akzeptanz und das Bewusstsein für die Verwendung biologisch erzeugter Lebensmittel in der Bevölkerung geweckt. Dies führt zu einem verstärkten Konsum von biologisch erzeugten Lebensmittel. Gerade Niederösterreich mit dem hohen Anteil von Biobauern ist dank der Umstellung von vielen Betrieben in der Lage, den Bedarf entsprechend zu decken.

Kann der Konsument beim Einkauf die Produkte frei wählen, so ist dies jenen Personen, die durch Großküchen von öffentlichen Einrichtungen versorgt werden, nicht der Fall. Ziel muss es jedoch sein, auch diese Personen vermehrt mit biologisch erzeugten Lebensmittel zu versorgen. Erste Erfahrungen über den Einsatz biologisch erzeugter Lebensmittel auch in Großküchen liegen wie beispielsweise im öffentlichen Krankenhaus Tulln bereits vor. Es ist daher anzustreben, auch in anderen Einrichtungen diesem Beispiel zu folgen und den Anteil an biologisch erzeugten Lebensmittel zu erhöhen. Dabei sollen in erster Linie Produkte des täglichen Bedarfes, die nach den österreichischen Richtlinien der Biolandwirtschaft produziert werden, zum Einsatz gelangen.

Die Gefertigten stellen daher den

**Antrag:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, bei der Beschaffung von Lebensmittel für Großküchen in öffentlichen Einrichtungen dafür Vorsorge zu tragen, dass verstärkt biologisch erzeugte Lebensmittel zum Einsatz gebracht werden. Ziel sollte es sein, dass der Anteil an biologisch erzeugten Lebensmittel 25 Prozent der eingekauften Lebensmittel dieser Einrichtungen beträgt.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem LANDWIRTSCHAFTSAUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.